

Aussagen von Parteien und Verwaltung zum Überschreiten der 20.000-Einwohnermarke

Büroleiter Melf Kayser

- „Das kann schnell teuer werden.“ (Tageblatt, 24.1.2013)
- „Wenn es eintrifft, bleibt unterm Strich eine dicke rote Zahl stehen.“ (Hamburger Abendblatt, 29.1.2013)

Bürgermeisterin Küchenhof

- „Ich rate im Moment dazu, unter 20.000 Einwohnern zu bleiben.“ (Tageblatt, 5.1.2013)
- „Alle Parteien haben erklärt, dass Schenefeld unter der 20.000-Einwohnermarke bleiben soll.“ (Tageblatt, 17.5.2013)

Hans-Jürgen Rüpcke, CDU-Fraktionsvorsitzender

- „Die 20.000-Einwohnergrenze soll nicht überschritten werden.“ (Parteien zur Wahl, Tageblatt, 14.3.2013)

Wahlprogramm 2013/18 der SPD, Seite 8

- „Für uns als Schenefelder SPD ist es die Zielprojektion, dass wir in 20 Jahren weiterhin unter 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner liegen.“

Am 26. Mai 2013 fanden in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen statt und Ende Mai 2013 wurden korrigierte Einwohnerzahlen auf Basis des Zensus 2011 bundesweit veröffentlicht.

Vom Tageblatt in sogenannten Sommerinterviews zu den Zielen der Parteien in den kommenden Jahren befragt, antworteten die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD (Tageblatt, 18.7.2013 bzw. 12.7.2013):

Frage: Wie stehen Sie zu einer möglichen Überschreitung der 20.000-Einwohner-Marke?

Antwort Hans-Jürgen Rüpcke, CDU-Fraktionsvorsitzender:

- „Wir wollen diese Grenze auf keinen Fall überschreiten, da dies die millionenschwere Übernahme von Kosten bedeutet – wie zum Beispiel für die Landesstraßen.“

Antwort Nils Wieruch, SPD-Fraktionsvorsitzender:

- „Wir werden diese Entwicklung nicht forcieren, in unserer Zielprojektion für die kommenden 20 Jahre wollen wir die Marke nicht überschreiten.“

Ein paar Wochen später sind von der SPD plötzlich konträr zu ihren Wahlaussagen neue Töne zu vernehmen:

- „Der Sprung über die 20.000er-Marke war bisher politisch ein Tabu. Doch SPD-Fraktionschef Nils Wieruch sieht darin auch kein ‚Schreckgespenst‘ mehr.“ (Tageblatt, 7.9.2013)
- „... MdR Wieruch erklärt...weiter, dass die mögliche Überschreitung von 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern nicht ausschließlich negativ zu betrachten sei, sondern auch Chancen durch neue Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten gegeben seien...“ (Protokoll der Ratsversammlung vom 26.9.2013, Seite 7)

„Zweiter Stadtrat und MdR Dr. Sempell entgegnet dem Beitrag von MdR Wieruch, dass die Überschreitung von 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern finanzielle Nachteile für die Stadt zur Folge hätte und fordert ihn auf, die Vorteile zu benennen...“ (Protokoll der Ratsversammlung vom 26.9.2013, Seite 7)

Zusammenstellung:

Bürgerinitiative „Wohnqualität im Grünen“

19.02.2014